

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
vorwärts zahlbaren
Vierteljahrespreise von:
Mk. 4.40 für Deutschland (direkt
per Post-Geldbrief)
Mk. 2.75 für Österreich (direkt
per Post-Geldbrief)
Mk. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kontingent).

Inserate
die dreizehnpennige Zeitungs-
ziffer — 25 Pfg. — 30 Ggr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
des
German Co-operative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N.W.
114 Kentish Town Road.
Bestellungen
franko gegen franko.
Großhändler Preise
nach England kosten Doppelpost.

Nr. 9.

Leser an die Redaktion und Erpeditoren des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen einzuschreiben.

1. März 1890.

Der 20. Februar.

Welch ein Sieg! Unsere kühnsten Erwartungen sind über-
troffen, unsere optimistischsten Berechnungen in den Schatten
gestellt. Wir gehören sicher nicht zu den Kleinmüthigen, wir
haben die Energie und den Opfermuth der deutschen sozial-
istischen Arbeiterenschaft sich so oft schon aufs Glänzendste be-
währen gesehen, daß wir auf großartige Erfolge ihrer un-
ablässigen Propaganda vorbereitet waren, aber heute müssen
wir bekümmert gestehen, daß wir die Leistungsfähigkeit unserer
Genossen doch noch unterschätzt hatten. Wir haben den enthu-
stischen Berichten, die von Nah und Fern einliefen, in voriger
Nummer eine nüchterne Betrachtung entgegenhalten zu sollen
geglaubt, wir wiesen nach, wie viel bereits dazu gehört, von
den 760,000 Stimmen, die unsere Partei 1877 errangen,
in drei Jahren es bis auf eine Million sozialistischer Stim-
men zu bringen; wir sagten: Erwarten wir nicht das Un-
mögliche, um auch das Großartige noch klein finden zu
müssen, und — „Unmöglich? Es gibt für uns kein Unmög-
lich“, so tönt es aus Deutschland zurück. Unsere „nüchterne“
Berechnung bleibt weiter hinter dem Erreichten zurück, als die
hochfliegendsten Hoffnungen unserer sanguinischsten Freunde:
noch läßt sich zwar keine genaue Berechnung des am 20. Fe-
bruar abgegebenen Votums anstellen, aber darin stimmen alle
Sachverständigen ohne Unterschied der Partei überein, daß
das sozialistische Votum die Höhe einer Million weit,
weit überschreitet.

Welch ein Sieg!
Und Welch eine Niederlage für das herrschende System!
Hören wir, wie ein Freund, der das Glück hatte, bei
diesem prächtigen Kampfe „dabei zu sein“, seinen Ausgang
charakterisirt:

„Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger“ lautete
die Wahlparole der Gewalthaber.

Und die Antwort der Wähler war ein großartiger
Sieg der „Sozialdemokratie und ihrer Be-
günstiger“, eine zerschmetternde Niederlage der bisherigen
Majoritätsparteien: der Gewalthaber.

In wie weit die Wahlparole der Gewalthaber ernst ge-
meint war, das kommt hier nicht in Frage; ob und in wie
weit sie nur darauf berechnet war, andere, die wirk-
lichen Ziele und Absichten zu verdecken, das kann uns ganz
gleichgültig sein — genug: die Wahlparole war gegeben, und
das Volk hat geantwortet.

Umsonst wurde das Nothe Gespenst heraufbeschworen, um-
sonst wurden die unsäglichsten Verläumdungen gegen die
Sozialdemokratie geschleudert, umsonst wurde den Sozial-
demokraten in den meisten Distrikten — nicht überall, denn
es fehlte der Reaktion die Einseitigkeit des Kommando's,
weil der bisherige „Chef“ und Oberdemagoge plötzlich recht
unangenehm — „Fraktionen“ bekommen hatte — von den
Schergen der Gewalthaber jedes erdenkliche Hinderniß in den
Weg gelegt — wir erinnern nur an den 17. sächsischen
Wahlkreis, wo den meisten sozialdemokratischen „Agitatoren“
auf Grund des Sozialistengesetzes das Reden verboten wurde —
es half Alles nichts: die Sozialdemokraten ließen sich nicht
verken, die Lug- und Trug-Künste der Feinde prallten ab
an dem gesunden Sinn der Massen, und die Sozialdemokratie
hat am 20. Februar 1890 einen Sieg errufen, so groß-
artig, so wichtig, wie noch niemals zuvor. **Fünf viertel
Millionen Stimmen**, und auf den ersten Gang **ein und
zwanzig Mandate**, — so etwas ist noch nie dagewesen.
Und **achtundfünfzig Stichwahlen**, von denen minde-
stens ein Duzend, vielleicht zwanzig, zu unseren Gunsten aus-
fielen werden. Berlin marschirt bei dieser imposanten Heer-
schau der deutschen Sozialdemokratie auf mit 126,000 Mann,
Sachsen, das sich für den 21. Februar 1887 zu revanchiren
hatte, mit 236,000 — überall riesiger Stimmenzuwachs.
Und nicht bloß in den großen Städten, wo die Herrfurth's-
chen Arbeiter, die nicht arbeiten wollen, hauptsächlich zu
finden sind — nein, auch in den kleineren Städten, auf dem
flachen Lande, überall dieser gewaltige Stimmenzuwachs.

Noch in den letzten Sozialistendebatten trösteten unsere
Feinde sich über das Mißschießen des Sozialistengesetzes damit,
daß es wenigstens auf dem Lande der sozialdemokratischen
Propaganda einen Weg vorgeschoben habe. Der 20. Fe-
bruar hat diesen Trost grausam zerstört. Die Waffen unserer
Feinde haben sich gegen sie selbst gewandt — die Brodver-
theuerung und der Elberfelder Sozialistenprozeß haben ihnen
den Hals gebrochen. Und unsere „Agitatoren“ ohne Aus-
nahme berichten, daß die Landbevölkerung sich ihnen diesmal
ganz außerordentlich sympathisch gezeigt hat.

Kein Zweifel, es hat sich in dem öffentlichen Fühlen und
Denken ein Umschwung vollzogen. Die himmelschreienden
Verbrechen der Kartellbrüder haben das Rechtsgefühl der
Nation empört und ihre Interessen so schwer verletzt, daß es
eine Lebensfrage war, dieser brutalen, nimmerlatten Kaut-
ritterbande ein Halt! zuzurufen.

Nicht daß wir glaubten die „Reaktion“, um und einmal

der Bequemlichkeit halber dieses Namens zu bedienen, sei
nun endgültig überwunden. Der 20. Februar hat erst das
Urtheil gesprochen — die Vollstreckung gehört noch der
Zukunft. Der neue Reichstag wird keine Kartellmehrheit ent-
halten, namentlich die Partei Bismarck sans phrase — der
nationalliberalen Leib-Kameleuden — ist an die Wand
gedrückt worden, so daß sie sich nicht rühren und regen kann,
allein man darf auch nicht übersehen, daß der neue Reichstag
keine geschlossene Majorität enthält, die Willens und im
Stande wäre, mit dem herrschenden System gründlich abzu-
rechnen. Das Zentrum ist mehr als je zu Kompromissen
und Schachergeschäften bereit; die Halbheit der Fortschrittler
ist sprichwörtlich, und die dreißig oder sechsunddreißig Sozial-
demokraten bilden eine Minderheit, die in jedem einzelnen
Fall überstimmt werden kann.

Soweit der Briefschreiber. Ueber seine Bemerkung am Schluß,
so richtig sie ist, ein andermal mehr. Heute haben wir uns
der Thatsache zu erfreuen, daß die große Mehrheit der Wahl-
berechtigten in Deutschland dem herrschenden System eine
eklatante Niederlage bereitet hat, und daß von allen Gegnern
dieses Systems keine Partei einen annähernd so großen Er-
folg errungen hat, als die ihm auf allen Gebieten — po-
litisch, wirtschaftlich und sozial — grundsätzlich gegen-
überstehende Partei: die Sozialdemokratie. Die andern Oppo-
sitionsparteien haben bloß ihre alten Positionen gehalten,
und etliche ihnen von den Regierungsparteien abgenommenen
zurückerobert. Die Sozialdemokratie allein hat großartige
Neueroberungen gemacht. Das Regierungskartell liegt, wie
die „Frankf. Ztg.“ sehr hübsch sagt, „auf der Straße“, die
Sozialdemokratie aber ist siegreich auf der ganzen Linie.

Wir haben allen Parteien Terrain abgewonnen und an keine Terrain abgegeben.

Es ist keine Provinz in Deutschland, wo die Sozialdemo-
kratie nicht im Vormarsch begriffen wäre: im Osten und im
Westen, im Norden wie im Süden hat sie herrliche Erfolge
zu verzeichnen. Im äußersten Osten hat Königsberg die Hoff-
nung unserer Feinde, daß sie mit unserem unvergeßlichen
Gobau auch dessen Geist los werden würden, glänzend zu
Schanden gemacht. Nur 200 Stimmen fehlten, und unser
Kandidat hätte diesmal die Gegner insgesamt im ersten
Anlauf geschlagen. Im Westen zieht sich von Düsseldorf bis
Mülhausen hinunter ein Kordon von Städten, in denen der
Sozialismus theils Sieger ist, theils in Stichwahl mit den
Gegnern kommt. Und eine ähnliche Linie zieht sich jetzt den
Norden entlang. Hannover sieht 5 Sozialdemokraten in Stich-
wahl, Mecklenburg 3, Pommern 2, die Hansestädte entsenden
3 Sozialisten im ersten Wahlgang in den Reichstag und
2 weitere Sozialisten sind in Stichwahl. Schleswig-Holstein
hat 3 Stichwahlen von Sozialisten, und einer seiner Kreise hat
gleich im ersten Wahlgang sozialistisch gewählt. Aber auch der einst
so spröde Süden erweist sich uns immer günstiger. München
ist nun endgültig zum Rang einer sozialistischen Hauptstadt
erhoben, Augsburg hat seine sozialistischen Stimmen verdop-
pelt, Vaden hat prächtiges Wachstum aufzuweisen, und zum
ersten Mal kommt auch in Würtemberg ein Sozialist
in Stichwahl, und obendrein in der Hauptstadt, im „vermutheten“
Stuttgart. Und wie glänzend hat sich die sozialistische Beste
am Main bewährt: Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höchst,
bis hinüber nach Darmstadt! In Franken und Thüringen
haben wir neue Positionen gewonnen, und ebenso in der
hochindustriellen Provinz Sachsen. Berlin, die sozialistische
Kiesenfeste, ist von einem ganzen Ringe sozialistischer Forts
umgeben: Niederbarnim, West-Havelland, Ludenwalde-Zauche,
Zeltow-Beeskow, Rottbus-Spremberg und Frankfurt a. d. O.
Kurzum, von den polnischen Gegenden abgesehen, hat die
Sozialdemokratie in allen Landestheilen so festen Fuß gefaßt,
daß keine Unterdrückungsmaßregel sie zurückdrängen, ihre
Ausbreitung verhindern kann. Immer weiter bringen unsere
Lehren in's Volk, unsere Anhängerenschaft ist längst nicht mehr
auf die Industriearbeiter allein beschränkt, die allerdings die
Kerntruppen der Partei bilden und stets bilden werden.
Schon oben ist konstatiert, wie sehr wir immer mehr unter
dem Landvolk Boden fassen, stehen wir doch in vielen
Kreisen in Stichwahl, die überwiegend ländlich sind. Und
in den Städten gruppiren sich immer mehr Elemente um
uns, die ebendem in den bürgerlichen Parteien ihr Heil er-
blicken: Handwerker, Kleinverdreiber, das untere Be-
amtenthum, wie das Proletariat der Kopfarbeiter überhaupt.
So sind wir, ohne den proletarischen Standpunkt auch nur
einen Augenblick aufzugeben, eine wirkliche Volkspartei, die
Volkspartei, soweit dieses Wort überhaupt einen Sinn hat,
geworden, die Partei aller, die arbeiten, aber sich nicht
länger schinden lassen wollen. So steht es, Herr Herrfurth,
und so solle es auch bleiben.

Berufen wir nun noch, nachdem wir in möglichst knappen
Umrissen den Wahltag unserer Partei skizzirt, so gut dies
im gegenwärtigen Moment möglich ist, einen Blick auf die
allgemeine Situation, wie sie durch die Wahl des 20. Fe-
bruar geschaffen worden ist. Sie wird vielleicht am Besten
durch folgende Tabelle veranschaulicht.

	Es lehren im letzten Reichstag:	Resultat ge- wählt hat:	In Stichwahl gewählt:
Konservative	78	52	28
Reichspartei	39	16	21
Nationalliberale	96	16	80
„Wilde“, Septennatsanhänger	3	—	5
Ultramontane	104	90	20
Deutschfreisinnige	36	22	78
Volkspartei	1	2	10
Sozialdemokraten	11	21	58
Polen, Estländer, Dänen, Welfen	32	29	9

Ueber den Ausgang der Stichwahlen lassen sich natürlich
nur Vermuthungen aufstellen, doch ist nach Lage der Dinge
sowie als feststehend allseitig zuzugeben, daß die bisherige
konservativ-nationalliberale Kartellmehrheit nicht retten können;
diese bleibt unter allen Umständen verloren. Auch die Chancen
der bereits angekündigten konservativ-ultramontanen Koalition
sicheren nicht allzu günstig. Dieselbe wird nur möglich sein,
wenn die sogenannten demokratischen Mitglieder des Zentrums
mitmachen. Darauf kann man es eventuell ankommen lassen.
Auch die Räume dieses Kartells werden nicht in den Himmel
wachsen. Es kommt alles darauf an, daß die Stichwahlen
günstige Resultate für die Parteien ergeben, die unter den
gegebenen Verhältnissen für keine Regierungscoalition in Be-
tracht kommen. Unsere Genossen werden natürlich unter keinen
Umständen für einen Kartellparteierte stimmen, weniger zuver-
lässig werden sich dagegen die deutschfreisinnigen Wähler er-
weisen. Auf einen großen Theil derselben wird das Schlag-
wort: Zusammenhalt aller bürgerlichen Elemente gegen die
Sozialdemokratie seinen Zauber nicht verfehlen; zumal wo es
sich um Nationalliberale handelt, deren Parteiorgane, unter
der Wucht des Schlags, der diese Partei des zum Prinzip
erhobenen Rathes getroffen, herbewegende Lockrufe an die
Adresse der Deutschfreisinnigen ertönen lassen. Sie können indeß
selbst beim besten Willen diesmal nicht viel verderben.

Unsere Genossen bieten selbstverständlich ihren ganzen Eifer
auf, in der Stichwahl so viel Siege als nur möglich für die
Partei zu erobern. In einer Reihe von Kreisen liegen die
Verhältnisse derart, daß eine Niederlage geradezu ausgeschlossen
erscheint, auch wenn alle Gegner zusammenstehen; denn unsere
Reserven sind noch nicht erschöpft. So ziehen wir auf jeden
Fall stärker als je zuvor in den Reichstag ein, stärker
an Zahl der Abgeordneten, und hinter uns eine Wähler-
schaft, welche die Sozialdemokratie als die drit-
stärkste Partei im deutschen Reich qualifizirt. Und
das im zwölften Jahr des Gesetzes gegen die
gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozial-
demokratie!

Welch ein Sieg!

Das Resultat.

Wir geben in Nachstehendem zunächst eine Zusammenstellung der er-
obersten Wahlsiege und der Stichwahlen der Partei, und lassen
alsdann eine Zusammenstellung der in den hauptsächlichsten Wahlkreisen
erlangten Wahlergebnisse folgen, unter Vergleichung derselben
mit den Wahlstimmen des 21. Februar 1887. Die Liste ist natürlich
bei Weitem noch nicht komplett, und sie kann auch nicht darauf An-
spruch erheben, genaue Resultate zu geben, manche Zahl wird sich bei
der amtlichen Feststellung noch erheblich erhöhen. Leider werden
nicht die amtlichen Resultate nur in den betreffenden Wahlkreisen
selbst ausführlich mitgetheilt, die Zeitungen bringen aus den meisten
Wahlkreisen nur den Namen des gewählten Abgeordneten mit Partei-
bezeichnung, eine wirklich zuverlässige Zusammenstellung ist daher auf
Monate hinaus fast unmöglich, vor allen Dingen für uns, denen neben
den deutschen Arbeiterblättern nur eine verhältnismäßig geringe An-
zahl von deutschen Zeitungen zur Verfügung steht. So haben wir denn
auch selbst die Zahlen der Kreise nicht rektifizirt, aber die inzwi-
schen amtliche Meldungen veröffentlicht worden sind, soweit die Differenzen
nicht als wesentliche in Betracht kommen.

Endgültig gewählt sind:
Kuer (Glauchau-Neerane), Bebel (Hamburg I.), Dieck (Hamb-
urg II.), Frohme (Münster), Förster (Weiz), Geber (Leipzig-Land),
Grillenberger (Münster), Harm (Oberfeld-Barmen), Dieckel
(Mülhausen I. Obh.), Horn (6. Sächs. Wahlkreis), Viehnecht
(Berlin VI.), Wegger (Hamburg III.), Schippel (Chemnitz),
Schmidt (Mittweida), Schumacher (Solingen), Seifert
(Stollberg-Saaleberg), Singer (Berlin IV.), Stolle (Jüdisch-
Grünigshaus), Bollmar (Magdeburg), Bollmar (Münden II.),
Burm (Weza).

In Stichwahl kommen:
Mit **Deutschfreisinnigen:** Kuerbach (Berlin V.), Bebel
(Hert), Bod (Gotha), Brühne (Höchst), Ewald (Weißballeland),
Förster (Rie), Herbert (Steina), Janitzewski (Berlin II.),
Reichmann (Möck), Rahn (Breslau-West), Reist (Dane-
ne-Neitmann), Reichhans (Saaleberg), Schulze (Königsberg), Wild-
berger (Berlin III.).

Mit **Kartellparteilern:** Baerer (Hamburg), Baerer (Damel),
Bebel (Leipzig), Brel (Münden I.), Bloß (Braunschweig), Bod
(Saarbrücken), Brel (Spremberg), Brühns (Bremen), Brühns
(Weisenbünde), Dreesbach (Mannheim), Dieck (Hanau), Heine
(Niedersteden), Hoffmann (Rauensberg), Hoffmann (Auerbach-
Reichenbach), Kaden (Pflaun), Klotz (Stuttgart), Körten (Rau-
dow-Greifenhagen), Kuerer (Halle), Mahle (Hensbarg), Meis-
ter (Hannover), Meiner (Frankfurt a. d. O.), Wolfenbühl
(Stade), Mollenbaur (Wienberg), Müller (Darmstadt),
Pfaunh (Kassel), Peters (Götting), Reihhaus (Griest),
Schmidt (Frankfurt a. M.), Stadthagen (Nieder-Barnim),
Schwarz (Lübeck), Schwarz (Sauerbr.), Tille (Dorimund),
Ulrich (Dneubach), Werner (Zeltow-Beeskow-Storlow), Zug-
auer (Breslau-Ost).

Mit Ultramontanen: Grimpe (Düsseldorf), Jöst (Mainz), Lücke (Aöln), Meßner (Reichenbach-Neurode), Scherm (Kronach), Segig (Würzburg), Singer (Bielefeld).

Mit Antifemiten: Lauer (Marburg).

Wahlkreis	Exp. Kandidat	Stimmen 1890	Stimmen 1887	Mehr 1890
Berlin I.	Gottfried Schulze	3,487	2,176	1,311
II.	Konst. Janitzewski	20,226	14,751	5,475
III.	Karl Wildberger	12,400	9,088	3,312
IV.	Karl Singer	40,794	32,064	8,730
V.	Hb. Kuerbach	7,235	4,803	2,432
VI.	W. Liebnicht	42,380	30,453	11,927
Gesamtwahlstimmen in Berlin:		126,522	93,335	33,187
Hamburg I.	Bebel	17,081	14,497	2,584
II.	Dieß	23,616	18,672	4,944
III.	Reyger	27,369	17,808	9,566
Königsberg i. Pr. Danzig Stadt	Karl Schulze Jochim	12,372 3,525	7,987 2,279	4,385 1,246
Nieder-Barnim	Stadthagen	13,330	5,680	7,650
Potsdam-Dönhavelland	Bernau	4,681	1,422	3,259
Westhavelland	Enowald	6,285	4,385	1,900
Teltow-Beeskow	W. Berner	19,148	8,668	10,480
Land-Rudowalbe	Tabert	7,485	4,739	2,746
Frankfurt a. O.	Th. Meßner	3,685	2,262	1,423
Soran-Horst	Behrendt	5,966	3,806	2,160
Kottbus-Spremberg	Breit	5,524	3,964	1,560
Kalan-Ludau	Jubel	2,506	953	1,553
Stettin	Herbert	7,761	4,276	3,485
Randow-Greifenhagen	Körstien	9,110	3,786	5,324
Breslau-Ost	Zuhner	9,996	7,781	2,215
Breslau-West	Rühn	11,404	8,032	3,372
Striegau-Schweidnitz	Richter	2,900	1,310	990
Ohlau-Kampritz	Schlag	855	457	398
Waldenburg	Kunert	6,126	3,368	2,758
Reichenbach-Neurode	Wegner	8,400	5,831	2,569
Sagan-Sprottau	Jubel	1,602	—	1,602
Lüben-Lunglau	Lorenz	1,718	40	1,678
Görlitz	Keller	4,594	3,350	1,244
Piegnitz	Rühn	4,685	2,220	2,465
Jerichow I. u. II.	Glode	2,369	473	1,896
Magdeburg	v. Bollmar	17,256	11,438	5,818
Schwerdeben-Stalbe	Heine	12,341	4,837	7,504
Halberstadt	Dahlen	6,387	3,164	3,223
Stendal	Schulze	3,421	—	3,421
Bitterfeld-Deilsch	Wibrecht	2,250	1,297	953
Dalle a. d. S.	Kunert	12,518	6,590	5,928
Merseburg	Wittig	4,087	1,123	2,964
Kaumburg-Zeitz	Hoffmann	9,435	5,591	3,844
Korbhausen	Glode	2,498	826	1,672
Mühlhausen	Grillenberger	3,043	1,059	1,984
Erfurt	Reichhaus	7,654	3,778	3,876
Hensburg	Mahlke	3,800	2,711	1,089
Schleswig	Rühn	1,063	868	195
Dithmarschen	Rühn	5,294	2,902	2,392
Ottensen	Mollenbush	10,820	6,520	4,300
Niel	Pörfier	14,355	9,599	4,756
Altona	Frohme	19,213	15,120	4,093
Lauenburg	Mollenbush	2,901	967	1,934
Berden-Dona	Ringer	2,608	831	1,777
Hannover	Meister	16,570	12,210	4,360
Ründen-Hamelu	Bärer	6,700	3,375	3,325
Hildesheim	Blos	3,022	2,847	175
Höttingen	Wassmuth	2,847	275	2,572
Harburg	Bärer	6,485	3,238	3,247
Stade-Premerbörbe	Mollenbush	3,067	1,621	1,446
Lüneburg	Rischer	3,139	1,597	1,542
Bielefeld-Wieberbrück	Singer	4,683	2,624	2,059
Altena-Ferriola	Reich	4,629	960	3,669
Hagen	Breit	4,776	2,702	2,074
Bochum	Lehmann	8,190	1,160	7,030
Dortmund	Tölke	10,598	2,141	8,457
Hünge-Höcht	Brühne	7,090	3,943	3,147
Frankfurt a. Main	Schmidt	12,548	8,640	3,908
Kassel	Wassmuth	9,170	6,412	2,758
Marburg	Lauer	395	—	395
Wanau-Gelnhausen	H. Ged.	8,447	5,203	3,244
Aöln	Lücke	10,688	4,952	5,736
Vennep-Mettmann	Reich	12,324	8,402	3,922
Gebfeld-Varmen	Darm	15,473	15,655	2,818
Sollingen	Schumacher	9,886	8,629	1,257
Düsseldorf	Grimpe	7,515	2,933	4,582
Essen	Sardber	3,516	486	3,030
Duisburg	Rahl	2,871	1,090	1,781
Keupen	Schumacher	1,509	1,296	213
Krefeld	Grillenberger	3,025	1,917	1,108
Wachen	Bebel	1,744	965	779
1. Jitta	Keller	4,863	1,703	3,160
2. Jitta	Wolff	3,453	550	2,903
3. Jitta	Schoenfeld	3,881	1,558	2,323
4. Dresden-Neustadt	Kug. Raben	11,689	6,942	4,747
5. Dresden-Alstadt	H. Schoenfeld	18,427	9,175	9,252
6. Dresden-Land	Horn	12,726	7,958	4,768
7. Pleißen-Aöln	Goldstein	7,912	5,247	2,665
8. Pirna-Schandau	Baum	3,914	1,711	2,203
9. Freiberg	Wiemann	8,037	5,605	2,432
10. Döbeln-Hoffen	Rienberg	7,348	3,325	4,023
11. Grimma-Oschay	Binfant	2,513	3,832	(-1,319)
12. Leipzig-Stadt	Bebel	12,921	10,087	2,834
13. Leipzig-Land	Geyer	28,071	19,327	8,744
14. Borna-Vogau	Stolte-Meerane	5,064	3,355	1,699
15. Mittweida	Schmidt	10,752	7,634	3,118
16. Chemnitz	Schippel	24,813	16,356	8,457
17. Glauchau-Meerane	Ruer	15,266	9,866	5,400
18. Jockkau-Berbau	Stolte-Gesau	17,455	12,913	4,542
19. Stollberg-Schneeberg	Seifert	12,910	7,166	5,744
20. Zschopau-Varientb.	Zust	6,147	2,768	3,379
21. Annaberg	Grenz	3,987	1,476	2,511
22. Reichenbach	Hoffmann	11,316	6,802	4,514
23. Plauen-Adorf	Raben	8,579	4,954	3,625
München I.	Birt	7,539	4,563	2,976
II.	v. Bollmar	20,111	11,335	8,776
Nürnberg	866	596	270	
Regensburg	v. Bollmar	5,010	2,888	2,122
Hof	2,875	557	2,318	
Erlangen	Edenstein	4,800	3,659	1,141
Kronach	Scherm	16,930	14,857	2,073
Hilfingenberg	Grillenberger	5,448	2,689	2,759
Erlangen-Fürth	Bebel	4,110	1,614	2,496
Bayreuth	Segig	5,309	4,062	1,247
Speyer-Ludwigshafen	Schhardt	—	—	—
Stuttgart	Hoß	10,444	4,496	5,948
Gannstadt	Stern	2,913	1,608	1,305
Heilbronn	Ritter	2,414	633	1,781
Ulm	Rug	1,855	1,935	(-80)

Wahlkreis	Exp. Kandidat	Stimmen 1890	Stimmen 1887	Mehr 1890
Göppingen-Gmünd	Hoß	3,291	547	2,744
Kalen-Göppingen	Hoß	797	120	677
Ulm	Dieterich	1,450	863	587
Willingen	H. Ged.	1,562	136	1,426
Freiburg i. B.	H. Ged.	2,000	956	1,044
Offenburg	H. Ged.	1,562	770	792
Wörzburg	Witteim Blos	5,168	2,312	2,856
Karlsruhe	H. Ged.	5,780	2,736	3,044
Mannheim	H. Dreesbach	8,698	6,128	2,570
Heidelberg	Händler	1,281	219	1,062
Heilbronn	Orbig	1,729	387	1,342
Darmstadt	Phil. Müller	6,050	4,043	2,007
Offenbach-Dieburg	G. Ulrich	9,124	8,024	1,100
Worms	Berthold	1,508	—	1,508
Alzen-Ebingen	Dör	1,046	147	899
Mainz	Jöst	8,000	5,526	2,474
Schwierin-Bismar	Schwarz	7,637	2,568	5,069
Mecklenburg-Strelitz	Pape	908	47	861
Oldenburg I.	Dug	4,830	924	3,906
II.	—	2,338	1,129	1,209
Braunschweig I.	Wilhelm Blos	13,063	10,659	2,404
II.	Wilhelm Blos	2,998	1,744	1,254
III.	Wilhelm Blos	2,271	147	2,124
Meiningen II.	Reichhaus	5,064	4,659	405
Noburg I.	Strüger	966	340	626
II. (Gotha)	Bod	11,025	8,765	2,260
Bernburg	Bremer	5,667	1,370	4,297
Schwarzburg-Rudolstadt	Bremer	1,905	1,167	738
Sondershausen	Bod	4,480	920	3,560
Reuß alt. L. (Greiz)	Hörster	—	4,079	—
Reuß neu. L. (Gera)	Baum	8,845	6,455	2,390
Sachsen-Görlitz	Gröthe	1,101	172	929
Sachsen-Weimar	Kerl	1,449	359	1,090
Sachsen-Zeitz	Schwarz	6,389	4,254	2,135
Bremen	Brühns	14,843	7,743	7,100
Mühlhausen	Händler	8,165	570	7,595
Strasbourg	Bebel	4,773	103	4,670
Rey	Heine	780	—	780

Diese, wir wiederholen, durchaus nicht vollständige Liste ergibt bereits gegen die letzte Reichstagswahl ein

Mehr von 467,000 sozialistischen Stimmen,

so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß das sozialistische Gesamtstimmum die Zahl von

ein und einer viertel Million

noch übersteigen wird.

Hoch die Sozialdemokratie!

Zur internationalen Arbeitsgesetzgebung.

I.

Im Nachstehenden bringen wir einige Ausszüge aus dem in voriger Nummer erwähnten Artikel der „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen“, der seinerzeit wenig Verbreitung gefunden:

„Jedes Gemeinwesen muß mehr produzieren, als es konsumiert, und zwar in einem Grade, der die Zunahme der Bevölkerung übersteigt; andernfalls bleibt es stationär, zehrt ein oder geht unter.“

Eine nationale Wirtschaft kann unter Umständen ein Defizit haben, welches schwer wahrnehmbar ist, wie z. B. in den antiken Staaten, die an der Deterioration ihres Bodens oder ihrer Bevölkerung oder beider zu Grunde gingen, die Ursache ihres Sinkens aber nicht merkten, weil sie Korn und Sklaven aus den Kolonien erprieselten.

Die kapitalistische Wirtschaft findet sich nicht in der gleichen Lage. Der Arbeiter ist eine Vorbedingung, ohne die sie nicht da wäre. Sie ist das Produkt von Mehrwert, bezieht nur durch ihn, hat nur ihn zum Zweck. Sie erprecht nichts mehr vom Ausland, sie laßt bloß noch und bezahlt mit gleichwertigen Arbeitsprodukten. Alle modernen Nationen — dafür liefert die Statistik zahlreiche Beweise — schließen ihre Jahresbilanz, trotz der zahlreichen unproduktiven Elemente, die sie zu ernähren haben, mit einer bedeutenden Vermehrung ihres Reichthums, ferner, trotz Kriegen und Krisen, mit einer gleichzeitigen Zunahme ihrer Einwohnerzahl und dabei obendrein noch mit einer Steigerung der Produktionskraft ihres Bodens ab. Mit Unterbillung hingegen arbeiten die Nationen, welche feudale Wirtschaft treiben und sich gegen die Einführung des kapitalistischen Industrielebens wehren. Ihr Boden erschöpft sich, ihre Bevölkerung vermindert sich.

Die Verlegenheit, wie der erzielte Mehrwert beizuhalten sei, macht das Kapital international. Dies hat Marx im „Kapital“ S. 786 u. a. a. O. historisch nachgewiesen. Venedig legte seine geräumten Schiffe nutzbringend in der holländischen Mannufaktur an; die Holländer vertieften ihre überflüssigen Kapitalien in England, ihren mächtigen Konkurrenten, der sie bald überlegte und neuerdings mit seinen Krisenparoxysmen den Aufschwung der nordamerikanischen Industrie beschleunigt hat. Man könnte als ein und nahe liegendes Beispiel die Rolle hinzufügen, die das deutsche Kapital bei der Entwicklung der russischen und der österreichischen Industrie und Verkehrsmitel gespielt hat.

Vom Standpunkt der orthodoxen Nationalökonomie aus ist aber Arbeitskraft auch Kapital, und zwar nicht in dem gemeinplätzlichen Sinne der Populärökonomie, daß sie das Kapital des Arbeiters sei, sondern in dem viel korrekteren, was selten brutal ausgesprochen, aber der herrschenden Theorie und Praxis zu Grunde liegenden, daß die Masse der Arbeiter, die gesammte arbeitende Klasse als ein Theil des Inventars der kapitalistischen Wirtschaft betrachtet wird.

So lange das Kapital vorwiegend national war und ausländische Arbeit nur bei Ungünstigkeit des eigenen Marktes zu verwerthen suchte, mußte naturgemäß auch die Arbeitskraft ein nationales Gepräge tragen. Nicht bloß das Rohmaterial wurde durch Ausfuhrbeschränkungen im Lande zurückgehalten, nicht nur das Produkt war nationalen Charakters und wurde im Inland konsumiert, auch die Auswanderung des Arbeiters war ein Verbrechen. Je mehr das Kapital seinen Profit frei aus allen Ländern zog, desto allgemeiner brach sich das Prinzip der Freizügigkeit auch für die Arbeitskraft Bahn, und im Prinzip auch für ihr Produkt. Die Jollifrankten haben nur noch fiskalische Bedeutung, wie das Ostroi, oder dienen als Mittel politischer Beeinflussung, wie die Kommerzverträge.

Aus diesen Thatfachen ist erkennbar, daß alle Länder, in denen auf moderner Grundlage produziert wird, im Wesentlichen nur ein einziges einheitliches Produktionsgebiet bilden. Insofern aber die politische Gestaltung eines Gemeinwesens durch seinen ökonomischen Stoffwechsel bedingt wird, ist a priori der Schluss gerechtfertigt, daß viele ein wirtschaftliches Gemeinwesen bildende Staaten, also vornehmlich Europa und Amerika, auch politisch ein System, ein zusammenhängendes Ganzes darstellen.

Ein Blick auf die internationalen Beziehungen, durch welche die modernen Staaten mit einander verbunden sind, bestätigt uns die Richtigkeit dieser Schlussfolgerung. Die zivilisierte Welt präsentiert sich uns bei genauerer Betrachtung von ihrer politischen Seite als eine föderalistische Oligarchie. Einige Provinzen derselben sind monarchisch, andere republikanisch konstituiert, wieder andere in einem Uebergangsstadium begriffen, aber weder die eine noch die andere jener zwei politischen Formen, noch der Uebergangszustand vermag die politische Kohäsion zwischen den Staaten unter einander aufzuheben, einfach weil ihre politische Kohäsion nur eine notwendige Folge ihrer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft ist. Oder wäre es ein bloßer Zufall, daß die Ausbildung des Völkerrechts mit dem gewaltigen Aufschwung zusammenfällt, welchen Handel, Schifffahrt und Industrie nach der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien nahmen? Das

Mittelalter hatte das Ideal des ewigen Friedens in zwei entgegengelegten Formen zu verwirklichen gesucht, die beide den Krieg nicht enden ließen: in der absoluten Oberherrschaft der Kirche, und in der Universalmonarchie. Das neue Völkerrecht, aus den Bedürfnissen des Weltverkehrs hervorgegangen, setzte den Frieden als den normalen Zustand voraus. Es mußte aber nothwendig an die überkommene Zivilisation anknüpfen, die Heidenbekehrung und die Einigung der „Christenheit“ als Ziel aufstellte. Von dieser Zeit erst datirt die „gegenseitige Anerkennung“ der Staaten, ihr Verkehr durch ständige Vertretungen, ihre Verbindungen durch auf lange Dauer berechnete Verträge.

Es würde zu weit führen, wollten wir hier auseinandersetzen, wie das internationale Vertragswesen und der diplomatische Verkehr seit dem Westfälischen Frieden konsequent mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Schritt gehalten haben. Das Wort Sir Dudley North's: In Bezug auf den Handel ist die Welt nur eine einzige Nation, zeigt wohl deutlich genug, wie unter der Einwirkung des Welthandels der Nationalitätsbegriff sich immer mehr auflöste. Sehr klar erkannte dies der Staats- und Völkerrechtler Vattel, Schüler Wolff's, und noch lange nicht genug in seiner Bedeutung gewürdigter Vorläufer der französischen Revolution, wenn er das Prinzip aufstellte, daß die Nationen, wie die Privatreute verpflichtet sind, Verkehr (commerce) mit einander zu treiben, zum gemeinsamen Vortheil des menschlichen Geschlechts, weil die Menschen sich einander gegenseitig nöthig haben.“ (Le droit des gens, liv. I, chap. VIII, § 94.) Und Beaton (Elemente des internationalen Rechts, I, S. 288) macht folgende Bemerkung:

Kein Umstand kennzeichnet deutlicher den Fortschritt der modernen Zivilisation, als die Errichtung permanenter diplomatischer Missionen zwischen den verschiedenen Staaten. Erst im 17. Jahrhundert wurden die Rechte der Gesandten unumstößlich anerkannt. Die Errichtung von Legationen, die an allen Höfen Europas dauernd residiren, setzte sich nach dem westfälischen Frieden fest und wurde unumstößlich in Folge des größeren Interesses, das die verschiedenen Staaten an ihren resp. Angelegenheiten nahmen, und das wiederum eine Wirkung der ausgedehnteren politischen und Handelsbeziehungen war, sowie auch infolge der immer tieferen und entwickelteren Theorien über das Gleichgewicht der Mächte, Theorien, die den Staaten das Recht der gegenseitigen Inspektion über alle Geschäfte gaben, welche an jenes Gleichgewicht anstießen konnten. Seit jener Epoche sind die Gesandtschaftsrechte definitiv festgesetzt und dem internationalen Kodex einverleibt worden.***)

Sozialpolitische Rundschau.

London, 26. Februar 1890.

Der glänzende Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie hat nicht verfehlt, die Sozialisten der ganzen Welt in die freudigste Stimmung zu versetzen. Es prägt sich das nicht nur in ihrer Presse aus, sondern es sind uns auch bereits direkt Glückwunschkarten auswärtiger Sozialisten an die Adresse der deutschen Genossen zugegangen. Wir haben nun beschlossen, zur Feier dieser großartigen Manifestation des deutschen Proletariats die nächste Nummer unseres Blattes als

Festnummer

erschienen zu lassen, und selbstverständlich auch im festlichen Gewande. In dieser Nummer werden wir u. A. auch eine Zusammenstellung von Stimmen aus der sozialistischen Presse aller Länder, sowie die bereits eingetroffenen und bis dahin noch eintreffenden Glückwunschkarten zum Abdruck bringen. Einwilligen sagen wir den Genossen, die uns mit solchen erfreuen, unsern besten Dank und rufen mit ihnen:

Hoch leben die tapfern Sozialisten Deutschlands! Hoch der Emanzipationskampf des Proletariats aller Länder!

In den Stichwahlen erläßt das Sozialdemokratische Zentralwahlkomitee folgenden Aufruf:

Erklärung über ein Wahlgesetz auszubrechen, das alle Unterschiede der Bildung, der Gestalt und des Vermögens, die sonst im bürgerlichen Leben maßgebend sind, aufhebt, das der Stimme des Straßens Lehrers bei der Entscheidung über die wichtigsten Grundfragen, nach denen der Staat regiert werden soll, genau so viel Gewicht beilegt, wie der des Fürsten Bismarck, das notwendig zur Herrschaft der brutalen, numerisch überlegenen Massen über das gebildete Bürgerthum, den Träger aller Wohlfahrt und Gestalt der Nation (o weh, o weh!), führen muß. Nach der Ansicht der Hamb. Nachr. ist es „allmählich auch als Irrthum erkannt worden, daß das allgemeine Wahlrecht ein heiliges Ventil für die unerschöpfliche Verpuffung der angeammelten Unzufriedenheit, ein Manometer an dem unter hohem Dampfdruck stehenden Kessel des modernen Staatsbetriebes sei.“ Allmählich begunne die Meinung vielmehr „dahin umzuschlagen“, daß „das allgemeine Wahlrecht und die dadurch gegebene Möglichkeit, Bestrebungen im politischen Leben zur Geltung zu bringen, die anders nicht so zielbewußt und einheitlich hätten propagirt werden können, diesen Bestrebungen erst Boden und Wachstum und mit der Gelegenheit, sie öffentlich zu beschreiben, ihren Vertretern, den Sozialdemokraten, erst die breite Basis geschaffen habe, die sie jetzt unter den Fäden haben.“

Am bezweifelndsten aber ist der folgende Satz: „Wir haben das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einmal, und es abzuschießen oder zu verändern, ist fast unmöglich, falls nicht, was uns erspart bleiben möge, das Aufschwollen der Sozialdemokratie, die Dreistigkeit ihrer Propaganda über kurz oder lang zu einer Revolte, und die Niedererschlagung dieser zu einer Reaktion führt, bei der es dann allerdings leicht zu einer neuen Wahlgesetzgebung kommen könnte.“ Deutlicher kann man wirklich nicht ausdrücken, was die Reaktion wünscht, denn das: „was uns erspart bleiben möge“, steht natürlich nur da, um das Gewissen der Herren zu salbieren.

Wären die Anarchisten fähig, etwas zu lernen, das Gezeter der Reaktionen über das allgemeine Wahlrecht müßte ihnen die Augen öffnen.

Wenn sie die Arbeiterstimmen brauchen, dann werden die beiden Unternehmern oft merklich freigeig. Man könnte wünschen, wird der „Chemnitzer Presse“ aus Gerdorf geschrieben, daß immer Reichstagswahl sein möchte, denn dann würde der Schichtlohn allmählich eine recht ansehnliche Höhe erreichen. So ist vor einigen Wochen vom 1. Februar ab jedem Bergarbeiter ein Zuschuß von 10 Pfennigen für jede Schicht auf den Schächten gemacht worden. Auffallend bleibt es, daß diese Zulage nicht schon längst erfolgt ist und erst jetzt.

Auffallend ist das allerdings, aber — man merkt die Absicht und wird nicht verstimmt.

Folgende zwei Notizen finden wir in ein und derselben Nummer der „Frankfurter Ztg.“ (zweites Morgenblatt vom 19. Februar):

I. Berliner N.-Korrespondenz:
„Die letzten Tage der Wahlbewegung bringen noch einige unliebsame Erscheinungen, die durch sozialdemokratische Erregung hervorgerufen sind. Nähere Nachrichten aus Pleskau und aus Wittenberg in Thüringen, wo am Sonntag außer der Polizei auch das Militär gegen sozialdemokratische Sprengkolonnen das einsprengen müssen, lassen erkennen, daß die Schuld thatsächlich auf Seiten der sozialdemokratischen Elemente liegt, welche, ungeachtet der Ermahnung ihrer Führer, planmäßig Tumulte in den Versammlungen anderer Parteien hervorrufen. In Breslau ist es gestern zu ähnlichen Erweisen in einer Versammlung der Sozialdemokraten gekommen; es sind das beauerliche Ereignisse, die wahrscheinlich sehr bald im Reichstage gegen die Sozialdemokratie verwendet werden.“

II. Berliner V. Sch.-Korrespondenz (im Feuilleton):
„Die großen Versammlungen der Freisinnigen sowohl, wie der Sozialdemokraten während des ganzen Wahlkampfes in Berlin überaus stark besucht, zumeist von der jüngeren Männerwelt. Ein energischer Ton herrscht in diesen Berliner Wahlversammlungen, durch Zwischenrufe und knappe Entgegnungen sind sie häufig dramatisch belebt. Nicht leidenschaftlich und in brennendem Pathos, sondern meist scharf und scharf stoßen die Gegensätze aneinander. Fast in allen freisinnigen Versammlungen fanden sich Sozialdemokraten in größerer Zahl ein und alsbald begann zwischen der Rednertribüne und den im Saale Anwesenden das anstrengende Stimmenspiel. Den parlamentarischen Erzählungen, die von einer Menge von Rednertribünen, die gewaltig entfernt werden müssen, sprechen, darf man nicht zu großen Glauben beimessen. Es ist hier lange nicht so schlimm. Auch wo in den sozialdemokratischen Versammlungen sich die scharfere und die gemäßigtere Tonart trafen, gab es in Wirklichkeit die tumultuarischen Auftritte nicht, von denen man mitunter fabeln hört.“

Wie wäre es, wenn der N.-Korrespondent sich mit dem V. Sch.-Korrespondent über die „planmäßigen“ Tumulte der Sozialdemokraten näher unterhielte? Dieses Gespräch ist eines demokratischen Blattes wirklich sehr würdig. Es ist Wasser auf die Mühle der Reaktion, die man zu bekämpfen behauptet.
Wir wollen durchaus nicht läugnen, daß sich hin und wieder auch Sozialisten von ihrem Temperament zu Taktlosigkeit hinreichend lassen, aber sie thun das durchaus nicht in größerer Menge als die Anhänger der übrigen Parteien. Von „planmäßigen Tumulten“ kann aber gar keine Rede sein, wohl aber sehr oft von planmäßigen Provokationen.

— **Hörhörte Chikanen** gegen Genossen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, berichtet das „Berliner Volksblatt“ aus dem Wahlkreis Zeltow-Beetzow-Storkow (südliche und südwestliche Umgebung Berlins). „In vielen Ortschaften“, heißt es, „durften unsere beauftragten Genossen gar nicht in das Wahllokal hinein. Manchmal ging es noch schlimmer. So wurden 4 Mann in Rangsdorf verhaftet, nach Günsdorf transportirt und dort bis 1/12 Uhr behalten. Dann ging es unter Eskorte von acht Mann nach Jossen, wo sich unsere Genossen bis 4 Uhr verbleiben mußten. 600 Flugblätter und 1000 Stimmzettel wurden konfisziert; für die Ergreifung des ersten Flugblattvertheilers setzte der Ortsvorsteher in Rangsdorf 3 Mk. aus. In Wiantenfelde gelang es den Genossen, unter Mithilfe Chikanen bis 1/5 Uhr das Wahllokal zu besetzen. Dann wurde der kontrollierende Genosse hinausgeworfen, und als ein Anderer Einlaß begehrte, sprangen ihm 3 Männer mit Stöcken entgegen, während ihn der Amtmann bei der Brust packte und er entweichen mußte. Vorher hatte der Amtmann vor dem Lokale Wache gehalten; einem Wähler, welcher einen Werner'schen Stimmzettel nahm, denselben weggenommen und ihn zerrissen. Später änderte er zum Chaussee-Ausscher: „Notizen die Leute, welche Zettel nehmen, die mache ich alle brotlos.“ In Rühlsdorf (Groß-Beeren) wurde unser Genosse aus dem Wahllokal hinausgeworfen, als er vor der Thür Zettel vertheilen wollte, auch dort nicht geduldet. Später wurde er noch aus der Dorfchenke und mit Händen zum Dorf hinausgehert. In Rehagen durfte unser Genosse bei der Stimmzettelvertheilung nicht zugehen sein. In einer Ortschaft bei Jossen wurden die Genossen aus dem Wahllokal hinausgeworfen, sodann vor dem Wahllokal von Gendarmen verhaftet; in die Schenke sich flüchtend, wurden sie auch von dort vertrieben und auf der Chaussee nach Jossen vom Gendarmen mit blanker Waffe verfolgt. In einer andern Ortschaft schritt Gendarmen ein, wobei einer unserer Genossen ein paar Mal überritten wurde, eine Verrenkung der Schulter und eine klaffende Wunde am Knie davontrug. Ein allerliebster Exemplar in jener Pörlitz, der an der Spitze seiner Leute vor dem Wahllokal einen Werner'schen Stimmzettel erhielt und nun sagte: „Schönes weißes Papier, aber der drauf steht, ist ein Königsmörder.“ In Wils sind unsere Genossen beim Zettelvertheilen vertrieben und geschlagen worden. Stimmzettel, welche in geschlossenem Kuvert an einen Genossen verhandelt wurden, sind dort mit zerrissenem Kuvert angekommen.“

Trotzdem stieg die Stimme des sozialistischen Kandidaten in diesem Kreise um 10,500 gestiegen und die des Regierungsmannes um

2,900 gefallen. Und wenn die Freisinnigen sich nicht dieses Herrn erbarmen, wird in der Stichwahl der „Königsmörder“ Werner über den Prinzen Handjery siegen.

— **Wie bei der heutigen Wahlkreiseinteilung** bereits die städtische Bevölkerung im Interesse des platten Landes benachteiligt ist, geht aus folgender Zusammenstellung hervor, welche die „Berl. Volkstribüne“ der „Voss. Ztg.“ entnimmt. Danach zählten die

Wahlkreise	Einwohner 1885.	Einwohner 1887
Schaumburg-Lippe	37,204	8,128
Lauenburg	49,861	11,587
Neuh. a. L.	55,904	12,467
Waldeck	56,575	10,854
Goburg	57,383	11,923
Rapportheimer	61,791	12,422
Löwenberg	63,243	14,557
Dagegen zählten:		
Hamburg 3	212,768	47,800
München 2	212,904	52,397
Dortmund	214,405	44,556
Charlottenburg	249,081	54,107
Berlin 2	269,923	65,155
Bodum	289,724	63,607
Berlin 4	324,989	79,222
Berlin 6	359,704	86,323

Ans diesen Zahlen ergibt sich daher, daß der eine Kreis fast zehnmal so viel Einwohner hat als ein anderer, und daß er mehr als doppelt so viel Wähler zählt als der andere überhaupt Einwohner. Die erstgenannten sechs Wahlkreise haben zusammen noch nicht so viel Einwohner wie einer der beiden zuletzt genannten.

Das hat sich seitdem noch mehr zu Ungunsten der letztgenannten Wahlkreise verhalten. So zählte bei der letzten stattgehabten Reichstagswahl der Wahlkreis Berlin IV 89,280 und Berlin VI sogar 104,460 eingeschriebene Wähler, was einer Bevölkerung von beinahe einer halben Million entspricht. Nach den Vorschriften des bestehenden Wahlgesetzes sollte er mindestens fünf Abgeordnete in den Reichstag entsenden, oder es fällt natürlich den gegenwärtigen Nachbarn gar nicht ein, die schreiende Ungerechtigkeit durch eine Neu-Einteilung der Wahlkreise aus der Welt zu schaffen. Im Gegentheil, sie ist noch ein Trost für sie in dieser Jammer-Nera eines Wahlsystems, das dem erfolgreichen Spekulant, dem emporgelommenen Streber u. an der Wahlurne nicht mehr Rechte einräumt als dem ersten besten Habs-Nichts von Kopfarbeiter oder Bau-Misli von Industrie-Proletariat. Denn das „platte Land“ das heißt bei der heutigen Abhängigkeit des Landarbeiters in den meisten Fällen der große Grundbesitz.

Die angeführte Notiz lautet wie folgt:
„Im allgemeinen zeigt die Statistik eine starke Verschiebung der Bevölkerung in Gunsten der großen Städte und ihrer nächsten Umgebung, während zahlreiche ländliche Kreise einen Rückgang der Einwohnerzahl zu verzeichnen haben. Es ist deshalb die Behauptung zutreffend, daß durch die heutige Einteilung der Wahlkreise dem platten Lande ein ungerechtfertigtes Uebergewicht über die Zentralpläne des Gewerbesiegers verliehen wird.“

Die nämliche Verschiebung macht sich auch für ganze Staaten geltend. So gibt es im Königreich Sachsen keinen Wahlkreis, der unter der Normalziffer von 100,000 Einwohnern bliebe, dagegen sieben Kreise, welche schon 1885 einen Anspruch auf die doppelte Zahl von Mandaten hätten. Im Ganzen würde Sachsen nach dem ursprünglichen Maßstabe nicht mehr 23, sondern 32 Abgeordnete zu stellen haben.“

— **Russische Agenten** haben neulich im Orient eine kleine Verschwörung angesetzt, und zwar war Bulgarien der ausgetretene Schauplatz. Der Roburger hat den Russen dort zu lange, er sollte daher gebatenergert werden. Aber leider schlug die Verschwörung fehl, der Roburger und seine Freunde kamen zu früh dahinter, und schlen den Verschwörern von Vaterlands Gnaden den Stuhl vor die Thür.

Auf die Einzelheiten der Affäre, die in der Tagespresse ziemlich breitgetreten worden ist, gehen wir hier nicht ein, zumal diese Verschwörungen einander so fabelhaft ähnlich sehen, daß man für sie ein Schema drucken lassen könnte, in welchem bei jedem neuen Fall nur die Namen auszufüllen zu werden brauchen. Dagegen wollen wir auf die neben der politischen eindergehende wirtschaftliche Umtriebe Russlands im Südosten Europas aufmerksam machen, die sich zwar weniger melodramatisch ausnehmen als jene, aber zehnmal wichtiger sind.

In einem Jahresrückblick der „Düsseldorfer Christlich-sozialen Blätter“ stehen wir auf folgende Note:

„Die Dinge, die auf der unteren Donau sich vorbereiten, und die anscheinend Handels- und Schiffahrts-Interessen betreffen, geben zu denken. Der russische Fürst Gagarin hat bereits in Konkurrenz mit der österreichischen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft für politische Zwecke auf der unteren Donau eine Donau-Dampfschiffahrt eingerichtet. Zur Zeit soll eine serbische Schiffahrts-Gesellschaft gegründet werden, welche die Strecke von Belgrad bis Kladowo mit einigen Schiffen befahren will; bis Kladowo könnten die russischen Schiffe gelangen. Die serbische Regierung kommt dieser Gründung einer eigenen serbischen Schiffahrts-Gesellschaft damit entgegen, daß sie 30,000 Frank für 1890 in den Staatshaushalt zur Förderung der Schiffahrt ein- und damit der neuen Gesellschaft gewissermaßen eine Jünggarantie in Aussicht gestellt hat. Es kommt aber noch besser. Fürst Gagarin erstrebt mit russischer Unterstützung einen Vertrag mit der serbischen Regierung, wonach er allein mit seinen Schiffen den serbischen Salzbedarf zu liefern hätte, dessen Lieferung kürzlich einer österreichischen Gesellschaft abgenommen worden ist. Gagarin beabsichtigt, rumänisches und russisches Salz zu liefern, überdies in Kladowo russische Petroleum-Rieberlagen einzurichten und von Kladowo aus auf dem Landweg zur Verbindung nach Nißch eine Eisenbahn zu bauen.“

Damit gewänne Russland für seinen Handel neue Straßen nach den Balkanstaaten und könnte dem österreichischen Handel entsprechend Abbruch thun. Die Pläne des Fürsten Gagarin werden überdies durch die Abfahrt gekrönt, zwischen Russland und den Balkanstaaten einen Zollbund anzuknüpfen, welcher der führenden Macht jedenfalls die Vorteile sichern würde, die Russen thatsächlich aus dem Bestande des deutschen Zollvereins erlangt hat. Was in dieser Weise unter dem Titel Förderung des Handels und der Schiffahrt an der unteren Donau erstrebt wird, hat somit einen bedeutenden politischen Hintergrund. Die Wehrung der Flotte des Fürsten Gagarin unter russischer Flagge dürfte in Russland den Gedanken erregen, um militärischen Schutze derselben in einen der russischen Donauhäfen nachgehende Kanonenboote zu entsenden. Daß damit die russische Agitation in Bulgarien noch mehr gereizt würde, und in den Häfen der bulgarischen Donauströme manche Verwickelungen zu befürchten sind, liegt auf der Hand. Wie innig übrigens die russisch-serbischen Beziehungen sich bereits gestaltet haben, mag daraus ersehen, daß nach Blättermeldungen im letzten Herbst über 300 serbische Knaben aus russische Kosten in Russland staatl. erzogen werden, um späterhin selbstständig in ihr Land zurückzukehren und in denselben entsprechende Stellungen einzunehmen. Daß die russische Regierung in diesen Knaben sich Agitatoren für ihre Zwecke heranziehen will, braucht weiter nicht erwiehelt zu werden. Unter allen Umständen sieht man, daß Russland trotz seiner Scheinbaren Zurückgezogenheit in den Balkanstaaten und insbesondere in Serbien alle Hände beschäftigt hat.“

Diese und andere Intrigen bedt das ultramontane Blatt deshalb auf, weil es in Anblich den geschwornen und geschichteten Gegner der nicht akzeptierten Positionen des Katholizismus im Orient erblickt. Natürlich ruft es die ganze Christenheit zum Widerstand gegen die „Ahnungskultur der russischen Halbbarbaren“ auf und teilt mit Feuerzettel für ein starkes zentralistisches Regiment in Oesterreich ein. Diese Schwenkung, — denn es ist nicht lange her, da gehörte es zur Pflicht jedes guten Katholiken in Oesterreich, Föderalismus zu sein — ist in mehr als einer Hinsicht charakteristisch. Man höre nur, wie das Organ der katholischen Sozialdemagogie sie begründet:

„Macaulay sagte einmal treffend, die Wahrheit ist der Politik sei nicht schwarz und nicht roth, sondern grau, die Farbe der Erfahrung. Die heutige Weltorganisation aller Staaten bedingt eine zentralistische Verwaltung; die ganze volkswirtschaftliche Entwicklung

fordert die Zusammenfassung großer Gebiete. Zudem die österreichischen Katholiken in ihrer heutigen föderalistischen Organisation als politische Partei diesen Wahrheiten sich verweigern, Schwächen durch ihren Föderalismus die militärische Machtstellung ebenso, wie sie der natürlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung, künstliche Schranken ziehen. Es scheint, daß es wieder einer Niederlage auf dem Schlachtfelde bedarf, bis die maßgebenden katholischen Politiker von den liberal-föderalistischen (!) Schranken geheilt werden. Der katholische Clerus könnte an dem neuen Justizismus in Böhmen bereits leben, wohin diese Pflege des Föderalismus und Nationalismus führt. Wenn Fürst Karl Schwarzenberg sticht in böhmischen Landtage den Reichsrath den Fehdehandschuh hinwarf, bedarf der unparteiische Beobachter nicht vergeffen, zu erwähnen, daß die Schwarzenberge und ihre politischen Freunde durch übertriebenen Nationalismus und Föderalismus den Jungtschechen den Boden geebnet haben. Es ist die höchste Zeit, daß die österreichischen Katholiken aller Kronländer ihre bisherige politische Stellung im Sinne der Kräftigung der Einheit der habsburgischen Monarchie modifiziren.“

Die Anpassungsfähigkeit des Katholizismus an alle politischen Systeme kann nicht besser illustriert werden als durch vorstehende Zeilen. Es wird da beinahe alles angeworfen, was bisher den Katholiken in Oesterreich als Dogma gelehrt wurde. Der Föderalismus wird als „liberal“ demarkirt und im selben Athemzug davor gewarnt, der natürlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung Schranken zu ziehen — ein Satz, der dem liberalsten aller liberalen Blätter „aus der Seele geschrieben“ ist. Es ist eben für den Katholizismus Gefahr in Verzug, und um die Kirche zu retten, schloß er mit Vergnügen selbst mit dem Teufel einen Pakt, wenn es — einen Teufel gäbe.

— **In Frankreich** haben am vorletzten Sonntag wieder einige Wahlkreise stattgefunden, davon fünf in Paris und Umgebung. Der Urwahl waren sie durch die Ungültigkeitserklärung verschiedener Boulangistischer Mandate durch die opportunistisch-radikale Kammermehrheit. Nun ist diese letztere bei den Wahlprüfungen im Allgemeinen und bei den Besetzungen boulangistischer Mandate im Besonderen mit einer so empfindlichen Willkür zu Werke gegangen, daß es in der That mit einem Wunder hätte zugehen müssen, wenn die Wählerthats nicht um gerade erst recht die zu Unrecht ihres Mandates verlustig erklärten Abgeordneten wiedergewählt hätten. Dieses Wunder ist aber bloß in der Provinz passiert, die unabhängige Wählerthats der Hauptstadt und ihrer Vororte hat mit Ausnahme von einem, Radact, der im 5. Arrondissement in Stichwahl kommt, alle Boulangisten wiedergewählt. Sie konnte das um so eher, als die Frage Republik oder Nicht-Republik durchaus im Sinne der Behauptung entschieden ist; es hat sich nicht um eine Abstimmung über die republikanische Regierungsform, sondern, wenn man die Frage dahin zuspitzen will, um die jetzige Regierung der Republik gehandelt. Und deren Fortexistenz ist durchaus nicht so über jeden Zweifel erhaben, daß das Wort der fünf Wählerkreise des Seine-Departements nicht auch vom republikanischen Standpunkt aus sehr begründlich wäre.

Wir glauben das um so mehr hervorheben zu müssen, als wir in einer großen Anzahl deutscher Blätter, und nicht bloß bürgerlichen, all die bunten Redensarten wieder aufmarschiren sehen, mit denen die Regierungrepublikaner ihre Niederlage zu demänteln suchen. Nach diesen behaupten ja überhaupt die Wähler Boulangers nur aus „Complais“ (Zeitungsausrufern, Straßenlangenern u.), eine Aderarbeit, die durch die Wählerthats so schlagend widerlegt wird, daß es kaum der Mühe lohnt, darauf zurückzukommen. Es sind Wähler aller Gesellschaftsklassen und — leider — nicht zum geringeren Theil Arbeiter, die für Boulangisten stimmen, weil sie im boulangistischen Wahlzettel den schärfsten Protest gegen die Wirtschaft der am Ruder befindlichen Opportunisten erblickten. Sie würden sozialistisch stimmen, wenn die sozialistische Partei einheitlich dastünde und nicht durch die in Paris herrschte Proletion — die Possibilisten — so schwer kompromittirt worden wäre. Es ist dies eine bedauerliche Thatsache, die aber offen konstatirt werden muß, um falschen Auffassungen vorzubeugen. Daß auch die erklärten Gegner der Republik für die Boulangisten gestimmt, soll übrigens nicht angezweifelt werden, ebensowenig, daß der Boulangismus von jedem prinzipienfesten Sozialisten bekämpft werden muß; denn abgesehen von seinen sonstigen Mängeln, verkörpert er den ausgeprägtesten Chauvinismus und treibt die Liebedienerei gegenüber Ausland bis zur ekelhaftesten Unterwürfigkeit unter das Kommando des reaktionären Jarenthums.

— **Folgende sehr richtige Bemerkung** kulst das „Völk. Tageblatt“ an die verschiedenen Regierungskräfte in Deutschland vor Eintritt der Reichstagswahl:

„Mit der Behauptung „Nur Wahlmandat“ kann man sich da nicht abfinden, wie sich später zeigen wird. Aber angenommen, es wäre alles nur Wahlmandat, so viel ist sicher, daß sich diese lediglich auf die Arbeiter beziehen. Man gibt sich keine Mühe, andere Klassen der Bevölkerung heranzuziehen; man hat es abgesehen nur auf die Arbeiter, denen man einerseits droht, andererseits verspricht.“

„Sie, die Arbeiter, politisch repräsentirt durch die Sozialdemokratie, sind der Pol, um den sich die ganze politische Lage dreht. Und wäre es also „nur Wahlmandat“, nur Demagogie, so ist doch unbestreitbar, daß auch der Demagoge, und trüge er einen Purpurmantel, nur Machtfaktoren Rechnung trägt. Er kümmert sich nicht um politische bedeutungslose Elemente; er hat es nicht nöthig, sie in seine Berechnungen aufzunehmen — wir sehen das ja hier an dem Verhalten der Politiker gegen die Arbeiter. Folglich ist in den Augen der Machthaber in Deutschland, die sich in diesem Augenblick nur mit den Arbeitern beschäftigen, die Arbeiterklasse der entscheidende Machtfaktor geworden.“

Darin liegt die große, die wichtigste Bedeutung, welche der Reichstags-Freihug von 1890 hat, ganz ohne Rücksicht auf den Ausgang. Darin, daß der größte Militärstaat sich an dem Punkte angelangt sieht, wo er sich um die Gunst des verachteten Proletariats bemühen muß und seine Feindschaft zu fürchten hat. Das ist der glänzende Triumph für die Männer, welche seit 30 Jahren unablässig gearbeitet, allen Verlorenen getrotzt, um eine Partei des arbeitenden Volkes zu bilden, die unentwegt und mit beispielloser Konsequenz ihr Ziel verfolgt!

Wären es also „bloß Wahlmandat“, die wirkliche Bedeutung der Ereignisse würde dadurch nicht abgeschwächt.“

— **Zur Kritik der Berliner Staatsanwaltschaft** lesen wir in der Berliner „Volks-Zeitung“:

„In hiesigen Blättern finden wir folgenden Bericht über eine vor der 93. Abtheilung des Schöffengerichts stattgehabte Verhandlung: „Der auf der Anklagebank behaftete Schlosser Ang. Herrn. Blemm, der sich wegen Mißhandlung zu verantworten hatte, hatte es vorgezogen, sein ebrliches Gewerbe an den Nagel zu hängen und die sonderbar in der That nicht eine Person zu vermehren. Die 19-jährige Anna S. war auf Abwege gerathen und der Anklage hatte sich zu ihrem Beschützer aufgeworfen. Das Mädchen hatte viel von seinen Mißhandlungen zu erdulden, wenn sie ihm nicht so viel Geld geben konnte, wie er es verlangte. Sie gelangte zu dem Entschluß, den unbilligen Lebenswandel aufzugeben und wieder Arbeiterin zu werden, eines Tages verließ sie den Angeklagten heimlich. Als sie am Abend des 16. Januar von der Arbeit kam, traf sie der Angeklagte auf der Straße. Derselbe verlangte, daß sie wieder zu ihm zurückkehren und ihn ernähren solle; als er auf entschiedene Weigerung stieß, mißhandelte er sie in der empörendsten Weise. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß die gemeingefährliche und von einer bodenlos niedrigen Gesinnung zeugende Handlungsweise des Angeklagten eine weit härtere Strafe verdiene, es wurde auf neun Monate Gefängnis erkannt und die sofortige Verhaftung des Angeklagten verfügt.“

„Der Monate Gefängnis für einen Verstoß gegen das Strafgesetz, wie er unbeschäftigt und schuldlos nicht gebacht werden kann! Und heute vor acht Tagen sechs Monate Gefängnis für die Verhöhnung der „Vergab“-Artikel, einer wissenschaftlichen Abhandlung über die Entwicklung der deutschen Rechtslehre, in welcher der Gerichtshof nur einige allpharische, aber milde in beurtheilende und mit einer geringeren Geldstrafe zu sühnende Ausdrücke zu finden wußte. Hier freilich ein unbefehlterter Reaktor und dort ein — Jubelst.“

Das Gericht hat in beiden Fällen die hiesige Staatsanwaltschaft zu korrigieren verstanden, und wir wollen gern anerkennen, daß dadurch eine letzte Schranke gegen — russische Zustände errichtet ist. Auch geben wir zu, daß wir einen kleinen Denksteig für die „Verzag“-Artikel wohl verdienen. Woher denn die Staatsanwaltschaft noch mit Worten kritisieren? Es genügt ja vollkommen, von Zeit zu Zeit ihre Thaten über sie sprechen zu lassen.

— **Geh — antiautoritär.** Die anarchistische „Revolte“ erblüht in den Erläuterungen H. seinen Erfolg der deutschen Sozialdemokratie, sondern „eine Ohrfeige für das, was man den heutigen Sozialismus nennt“. Sie steht bereits „den Anfang dessen, was man im Laufe aller Revolutionen gesehen hat: Arbeiter, die, von ihren Führern angetrieben, die Wege für den Schatten derselben fahren lassen, Revolutionen, die von Männern unterdrückt werden, Arbeiter, die so von autoritären Vorurteilen erfüllt sind, daß sie bereit sind, dem ersten besten gekrönten Schwärmer zu folgen, der ihnen verspricht, ihr Loos zu verbessern“.

Wie klein denkt doch das „antiautoritäre“ Blatt von der modernen Arbeiterbewegung, wie lächerlich von den Arbeitern, daß es ihnen unterstellt, sich von jedem Führer nachführen, von jedem Demagogen unterwerfen zu lassen. So wenig Vertrauen hat es zur politischen Kunst der Arbeiter, daß es vor dem Restrikt des jungen Hobsonisten den Lasterlich belohnt. Aber dieser Kleinmuth ist sehr erklärlich — er ist die natürliche Konsequenz der anarchistischen Theorie, die zwischen der Illusion von einem Volk von lauter Anarchisten und einem Volke von lauter Nichtswissern und Idioten hin und herhüpelt — antiautoritär bis zum höchsten Autoritätenfallus.

— **Im Wahlkreis Dortmund** kommt unser alter G. B. Tille mit dem Kartellkandidaten in Stichwahl. Er hat 10,598 Stimmen erhalten. Was das heißt, kann man aus folgendem Bericht der Köln. Volksztg., wie die Kohlenbarone durch ihre Handlanger die Wahlbeeinträchtigung betreiben, erleben:

„An den Wahllokalen in Höhe waren in hellen Haufen postirt Obermeister und Meister der Förder Hütte. Gegen die früheren Jahre war eine Aenderung diesmal infolged eingetreten, als man den Arbeitern nicht mehr auf dem Werke die Jettel einhändigte, sondern erst vor der Thüre, resp. im Hof vor dem Wahllokal. Dort erhielt also der Arbeiter seinen Jettel, machte durch die Spalier bildende Reihe der Beamten und wurde auch in den Wahllokalen von ungefähr einem Duzend Beamten der Förder Hütte so scharf beobachtet, daß ein Umlauf des Jettels nicht möglich war. Und was waren das für Jettel? Bis gegen Nachmittag 3 Uhr wurden große Jettel in länglicher Haltung und von hellweitem durchsichtigen Propatria-Papier ausgegeben. Der Name war so scharf gedruckt, und der Jettel so gefaltet, daß man deutlich den Namen des nationalliberalen Kandidaten Theodor Müller aus Kupferhammer bei Brachweide durchlesen konnte, ohne den Jettel zu entfalten. Das war um so mehr der Fall, wenn das betreffende Mitglied des Wahlvorstandes, welches den Jettel annahm, denselben in „gehaltener“ Weise gegen das Licht zu wenden mußte. Als von Seiten der Zentrumsparthei ähnliche Jettel nachgemacht und inwendig überklebt wurden mit dem Namen unseres Kandidaten Wulff, erlosch gegen 3 Uhr das Kommando: Jettel wechseln, von den langen Jetteln nichts mehr annehmen. Nun gieng an das Verteilen der neuen Jettel. Dieselben waren in großer quadratischer Form aus gelbem Papier, aber wiederum so künstlich durchgedruckt und gefaltet, daß man den Namen des Herrn Müller deutlich lesen konnte, ohne den Jettel zu öffnen. Kein Arbeiter konnte also anders als diesen Jettel abgeben, wenn er seine eigene politische Ueberzeugung nicht verrathen wollte.“

Und trotzdem wählten Tausende überzeugungstreuer Bergarbeiter den verdorbenen aller oppositionellen Kandidaten. Über diesen Brauen! Und Schande und Schmach über die Wuben, die auf so schamlose Art das Wahlrecht des Volkes zu einem Betrug machen.

— **Bruno Sparg.** Der dickwichtige Narrenkönig des Leipziger Kartells, hat schon vor dem Durchfall des Dypchen-Göges arges Rauschwerk verfertigt.

In Nr. 49 vorigen Jahrganges konnten wir zum Ergötzen unserer Leser die Londoner Abenteuer des edlen Sparg schildern, die er heute in der Höhe des Wahlkampfes schon vergessen möchte. Eben hatte der unternehmende Spirituorist in seiner Subel-Broschüre wieder einmal die „Heiligkeit der Familie“, Moral und Religion gegen die Sozialdemokratie verteidigt und in den Augen seiner würdigen Kartellkumpen abermals die Gesellschaft gerettet, als ihm plötzlich sein Heil- und Geschwader am Highbury Square, der berüchtigte „Meeraner Wolf“, die vertrauliche Meldung zugehen ließ, in Leipzig und Umgebung sirkulire nachhaft jene Nummer mit der Historie seines blamablen Meinfalls in London. Und Highbury folgten auf Highbury, alle guten Freunde hatten solche Nummern zugehört erhalten, die Tümmeln und Koschafelten unter ihnen quälten ihn mit langen Fragen über das Wie und Warum. Der trogliche Handwurk von Meisparis wurde erbarmungslos gefolpert — im Grunde gönnten ihm, dem Vierhand-Kennamissen, alle diesen jämmerlichen Meisfall. Bruno war wüthend. So dumm war noch keiner auf's Welt gehüpft. Und solche Briefe zu schreiben! Und gerade er! So niederschlagend fühlte er sich, daß er keine gewohnte Ungenügsamkeit verlor und in Nr. 48 des „Leipziger Tageblattes“ vom 12. Februar in großer Fettschrift die schallende Ohrfeige schwarz auf weiß folgendermaßen quittierte:

„Anforderung!“

Wie ich aus Fremdstreifen erfahre, sind in den letzten Tagen an hiesige Behörden und bekannte Personen eine große Anzahl von Nr. 48 der Zeit in London erscheinenden Zeitschrift „Sozialdemokrat“ durch die Post in verpackten Converts verpackt worden. Der Zweck dieser sozialdemokratischen Demonstration ist offenbar der, mich einestheils in den Augen meiner Mitbürger herabzusetzen (das wäre vergebene Mühe gewesen. Der Segen.) oder aber meine Thätigkeit bei den bevorstehenden Reichstagswahlen unzulässig zu machen (Ganz im Gegentheil Bruno! Der Segen.). Da ich den Verbreiter dieser neuesten Leistung sozialdemokratischer Wahl-agitation auf der Spur bin, (Natürlich; wir Suchen kein Heile — in London! Der Segen.) bitte ich alle diejenigen Herren, welche vorgenannte Nr. 48 erhalten haben, mir die betreffenden Brief-Umschläge baldmöglichst zuzukommen zu lassen, um die verschiedenen Handschriften miteinander vergleichen zu können.

Bruno Sparg.

Unterlassen wird sich Sparg an den 28,000 sozialdemokratischen Stimmen „seiner“ Leipziger Landkreises weiter ergötzt und in diesen Parteilichkeiten für seine eigene Misere etwas Trost geholt haben. Freilich Sparg, von dem ein Gerichtshof in einem Urtheil selber erklärte, er sei „oweit gegangen, für Wahlzwecke den Namen dritter (bekannt Unterthelt) zu mißbrauchen“ — im Volksmund heißt man freilich so was für und deutlich fälschen — Sparg ist die rechte Person zum Handbroschen — vergleichen! Er, der Unterschleichen-Mißbraucher!

Was wird nun Herr Hühnschel — der Staatsanwalt, nicht der Kartellbruder — thun?

Vant Postreklamation hat der arme Sparg noch wenige Tage vor dem ominösen 12. Februar den Empfang einer zweiten Sendung verdorbener Schriften unterthätlich bezeugen müssen, nur verstaute er — der Schächer! — die Absender der verdorbenen Waare zu verzeihen. Wir werden also den frohen Welschgedächter demnächst vor den Schranken des Gerichts sehen unter der schweren Auflage der Gehirnhübel. Staatsanwalt Hühnschel hat so das eblische Weibchen abgelegt, ohne Ansehen der Person seines Amtes zu walten.

Und wie ernst es Polizei und Staatsanwalt mit der Heiligkeit des Godes in Deutschland nehmen, darüber haben jüngst in Oberried die Blüsig, Kamuhoff, Bünner und Kousforten die Anzeigen nicht verweigert.

— **Und Galizien.** Es geht und von befreundeter Seite folgender Bericht zu, wie ein sozialistischer Arbeiter in einem galizischen Gefängnis (in Wisniz) in wahrhaft granatener Weise zu Tode gemartert wurde. Wir müssen gestehen, daß es uns lächerlich wird, zu glauben, daß die im Schluß geschilderte Prozedur wirklich noch in einem Gefängnis eines sich zivilisiert nennenden Landes in Kraft sein soll. Aber der Bericht, dessen thatsächlicher Gehalt auch im „Prezodawl“ erschienen

ist, stammt aus zuverlässiger Feder, und uns, dem Organ der Unterdrückten, stünde es schlecht an, und hinter einen lahmten Zweifel zu verziehen. Nicht unsere Sache, sondern die der galizischen Behörden ist es, die hier gegen sie erhobene furchtbare Auflage zu widerlegen — wenn sie es können.

Gier der Verächt:

Die autonomen Behörden Galiziens wetteifern mit der österreichischen Bureaukratie in der Verfolgung der Arbeiterbewegung. Vertreter des Großgrundbesitzes und der österreichische Beamten kennen Sozialisten gegenüber weder die in Oesterreich geltenden Gesetze, noch das Völkerecht. Die Verleumdung des Sozialisten Pichowski liefert hierfür einen wahrhaft empfindenden Beleg. Pichowski hatte schon im 16. Jahre russische Gefängnisse kennen gelernt. Mangels an Beweisen hatte er jedoch in seiner Vaterstadt Warschau nicht verurtheilt werden können. Seit dieser Zeit war er ein thätiges Mitglied der Arbeiterorganisation Kongreppolens; als jedoch die Verhaftungen sich öfters wiederholten, fühlte er den Boden unsicher und entkam nach Galizien. Um die gleiche Zeit wurde in Warschau ein Polizeispion ermordet. Die russische Polizei, die in Pichowski einen der in diesem Attentate Beteiligten vermuthete, verlangte von den galizischen Behörden seine Auslieferung. Da es sich um einen Sozialisten handelte, glaubten die letzteren von der Beibringung des Beweises der Schuld absehen zu können, und Pichowski wurde, zusammen mit einem andern Arbeiter, ohne Weiteres ausgeliefert. Doch siehe da! die russische Staatsanwaltschaft, gewissenhafter als ihre galizische Kollegen, stellte die Unterdrückung gegen die Angeschickerten ein und entließ sie, wohl Beweis genug für ihre völlige Unschuld.

Seitdem lebte Pichowski im Auslande, bis zu seiner 1884 in Prag erfolgten Verhaftung. Hier müssen wir eine kurze Bemerkung über die Veranlassung zu derselben einhalten.

In dem gleichen Jahre war in Krakau ein Bombenattentat auf einen Polizeikommissar ausgeführt worden. Junge Leute von 16—23 Jahren, Hühlsche, die durch das, alles Menschenscheu mit Füßen tretende Vorgehen der Behörden aufs Höchste erbittert waren, wollten ihrem beleidigten Rechtsgedühl Genugthuung verschaffen, stellten die Sache aber sehr bald ab; aus der ganzen Untersuchung ergab sich, daß das erwähnte Attentat kein Werk der Ueberlegung, längerer Vorbereitung, sondern vielmehr einer augenblicklichen Empörung, die eine beispiellose Unterdrückung erregt hatte, zuzuschreiben war. Sicherlich hätten diese jungen Leute, die ihr Leben aufs Spiel setzten, hätte eine tüchtige Organisation sich ihrer angenommen, viel Gutes leisten können. Die Bewegung war aber damals in Galizien sehr schwach, und dieser Umstand erklärt die Möglichkeit solcher Vorfälle. Die „Bombe“, wie sie von den jungen Leuten verfertigt war, stand in gar keinem Verhältnis zur beabsichtigten Wirkung; sie wurde in der Hand eines der Anstehenden angezündet, plachte, bevor er sie werfen konnte und verbrannte ihm die Augen, so daß er das Gesicht verlor, — während dem Polizeikommissar, gegen den das ganze Attentat gerichtet war, nicht ein Haar gekrümmt wurde. Dieses eigenartige Attentat führte Pichowski ins Gefängnis. Trotzdem er während der Vorbereitung und Ausführung sich nicht in Krakau befand, wurde er in der Anklageschrift zum „intellektuellen Urheber“ des Attentats gestempelt. Trotzdem jedes Beweismaterial gegen ihn fehlte, traf ihn dennoch von den 4 Angeklagten die höchste Strafe, nämlich 9 Jahre schweren Kerker. Die andern wurden zu 5, 3 und 1 Jahr verurtheilt. Das besondere Verbrechen Pichowski's war seine Intelligenz.

Und nun die Behandlung im Gefängnis! Pichowski, ein geschickter Arbeiter, arbeitete für die Gefängnisverwaltung und erhielt 5 Kreuzer per Tag für Arbeiten, die mit 2 bis 3 Gulden bezahlt werden. Als er sich weigerte, zu diesen Bedingungen weiter zu arbeiten, wurden gegen ihn Maßregeln ergriffen, die an mittelalterliche Foltern erinnern. Zwölftägiges Fasten, Einsperung in die Dunkelzelle, eine fruchte, feinsten Kammer, und als selbst dies nicht im Stande war, ihn zum Unzufriedenheit zu bewegen, wurde er an ein Kreuz gebunden und die sog. „goldene Birne“ angewandt. Diese Strafe besteht in dem erwähnten Ausdrücken an ein Kreuz, wobei, um das Opfer am Stricken zu verhindern, denselben zwei hohle Halbkugeln, in deren Innern sich eine Feder befindet, in den Mund gesteckt werden. Sobald das Opfer dieser grausamen Prozedur zu sprechen beginnt, gibt die Feder nach und der Mechanismus rüttelt die ganze Mundhöhle aus.

An den Folgen dieser Behandlung ist Pichowski gestorben. Sein durch das Gefängnis erzwungen, auch sonst schwächlicher Organismus ertrug die körperlichen Anstrengungen nicht, zu der sich noch die Erditterung über völlige Ungerechtigkeit seiner Verurtheilung gesellte.“ A. B.

— **Hans Most** gerüthel sich während, weil Weber in seiner letzten Reichstagsrede dem preussischen Spitzminister wieder einmal die Thatsache unter die Nase gerieben hat, daß eine ganze Reihe der entlarvten Hochstapler sich nicht damit begnügt haben, bei den Sozialisten und Anarchisten zu spitzeln, sondern auch theilweise eine sehr hervorragende anarchistische Thätigkeit entfaltet haben. Bebel hat nämlich das Verbrechen begangen, dabei namentlich auf Neumann, Schröder, Kaufmann, Ehrenberg u. Hauptweifen.

Mit gewohnter Bescheidenheit erinnert sich Most natürlich nur an Neumann, und begnügt sich Schröder er geht seine naive Unwissenheit so weit, daß er ihn nach Schaffhausen verweist, obwohl sein Selbstmordt Schutze ihm Strafe und Hausnummer in Hirsch sehr genau hätte nennen können. Bei Neumann vindictet Hans sich sogar das Verdienst der Entlarvung und nennt Bebel einen schamlosen Lügner, weil dieser behauptet hätte, Neumann habe das Vertrauen Most's besessen und sei in der Expedition der „Freiheit“ gewesen.

Gegen diese notorische Weidwärtigkeit Most's wollen wir für unsere amerikanischen Freunde, welche sich durch Most's plumpe Ab-leugnungs-Maßnahmen irritiren lassen sollten, folgende Thatsachen aufzählen:

In Nr. 47 des „Sozialdemokrat“ 1880 wurde vor dem einmüthigen Most und Neumann gewarnt und behauptet, daß Neumann der Vertraute Most's gewesen und die Expeditionsbücher der „Freiheit“ mit nach Hause bekommen habe.

In der nächstfolgenden Nummer der „Freiheit“ (No. 48, 1880) be- streitet Most mit gewohnter Ungenügsamkeit in einem langen Artikel, daß Wolff jenseits zur „Freiheit“ in Beziehung gestanden; bezüglich Neumann's bestrittet er gar nichts, seine Unwissenheit will er nur nicht zugeben, daß gerade er von Neumann dupirt wurde; im Gegentheil habe er gerade Neumann entlarvt und ihm von Anfang an mitgeteilt, obgleich die Berliner Genossen (der „Freiheit“) ihn als durchaus zuverlässig empfahlen.

Darauf antwortet in No. 50 des „S.-D.“ ein früherer Freund Most's, der bis zu jener Zeit Mitglied der „Freiheit“-Kommission gewesen war, mit Namens-Unterschrift folgendes:

„Herr Most hat in Nr. 48 der „Freiheit“ keine „Schreibtafel“ her- genommen und darauf — jedenfalls zum größten Erkennen vieler — notirt, daß Neumann wirklich und wahrhaftig als Spion „entlarvt“ und „abgelobt“ wurde. Da nun befragter Neumann, trotz verschiedener Warnungen, mehr als drei Monate im Expeditionst- lokale der „Freiheit“ fast täglich — und öfters „Lundensang“ ganz allein — verkehrte, so wird wohl Niemand mehr bezweifeln, daß Neumann und durch ihn die Berliner Po- litikal-Besitzer der Adressen „sämmtlicher“ Freiheits- Abkonnten war. Dies und daß insolge dessen seit Juli ds. Jo. „sämmtliche“ Abkonnten der „Freiheit“ unter Polizei- Aufsicht stehen, veranlaßt Herr Most ausdrücklich.“

Dann folgt die barocke Historie des Hicreton-Petersen-Attentats und heißt es weiter:

„Obge Thatsachen wurden in einer Sitzung des Zentralkomitees auf meine Anfrage von Bürger Rede bestätigt, in Gegenwart der Bürger L. Weber, Henze und Ruf.“

Darauf schloß Hans. In No. 52 der „Freiheit“ folgt die obbligate fittliche Entrüstung gegen den „Renegaten“ W. — nicht gegen den Spigel Neumann — und auch Rede vertritt sich nur, künstlich in als Genährsmann listig zu werden. Abzulugnen wagte da- mals sogar Most die Thatsachen nicht, er suchte nur sie zu beschönigen.

Heute leugnet er Alles, und heute macht er sogar Neumann zum „sozialdemokratischen Vertrauensmann“.

Wer ist nun der „schamlose Lügner“?

Bei diesem Ablegungsprozeß widerfährt nun Most ein weiterer und sehr heftiger Gedächtnisfehler. Er behauptet, Neumann sei nur ein- mal zum Abhören „einer Hieserreichlicher Adressen“ verwendet worden. Dies bezieht sich aber auf einen a d e r n Vertrauten Most's, natürlich auch einen Spigel, namens König, der, wie ebenfalls in der No. 48 des „Soz.-Dem.“ 1880 unter Namensunterschrift zu lesen, es fertig brachte, die unzulässigen Adressbücher der „Freiheit“ in Gegenwart Most's weg und nach Hause zu nehmen. Als er sie andern Tags heimlich wiederbrachte, wurde er bemerkt (nicht von Hans), behauptet, und dann gestand er, er habe die Adressen „aus Unmü- heit“ abgeliefert.

Freilich — Most hat eine Entschuldigung für sich; wer so viel Ge- stebel angelockt hat und so oft getöndelt wurde, kann solche Kleinigkeiten vergessen und verwechseln.

Und da bei Most's fittlicher Entrüstung das komische Moment nicht fehlen darf, so schließt er seine Philippika gegen Bebel und Kon- sorten:

„Ein Trost aber ist uns geblieben. Die sozialdemokratische Sache verliert an Boden, und der Anarchismus marschirt.“

Und in einem zweiten Artikel charakterisirt er den Wahlkampf der deutschen Sozialdemokraten, wie folgt:

„Summa-summorum konstatiren wir Kronemagogie auf der einen und Gefinnungsimperei auf der andern Seite als Signatur des gegen- wärtigen Wahlkampfes in Deutschland.“

Und nun: Eine und eine Viertel Millionen „Gefinnungslampen“ in Deutschland!

Armer Hans! Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterland.

Sprechsaal.

Cincinnati (Ohio) den 8. Februar 1890.

Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Werthe Herren!

In Nr. 4 des „Sozialdemokrat“ bemerken Sie, daß der Redakteur der Cincinnatier Zeitung und des „Volksanwalt“ bei der Wahl mit den Demokraten gemeinsame Sache gemacht habe. Aus welcher Quelle Sie immer solche Angaben haben mögen, müssen wir, die Unterzeichneten, aus Gerechtigkeitsgefühl erklären, daß dieses eine Verleumdung ist. Und wir erlauben, dieses im „Sozialdemokrat“ zu veröffentlichen.

Achtungsvoll

Das Wahlkomitee der deutschen Sektion Cincinnati

der sozialistischen Arbeiterpartei d. A. S.:

G. Wähler, G. Franz, O. Rucktschel.

(Es fehlt und im Augenblick die Zeit, das oder die betr. Zeitungs- blätter herauszufinden, denen wir die hier bestrifene Angabe entnommen. Unter anderem war der Kompromiß durch H. Schumann-Cincinnati in einer Einleitung an die „New Yorker Volkszeitung“, und zwar als durchaus durch die Verhältnisse gerechtfertigt, geschildert worden.)

Redaktion des Sozialdemokrat.)

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einwendungen erhalten aus: Amster- dam, Jombi (Kleinasiens), Königsberg, Ropendagen (Preis und Direktor), London (Walworth), Mailand, Plauen. — A. in Jombi: Ihrem Wunsch wird entsprochen werden.

der Expedition: abfo: Sh. 4. 2/3 f. Schft. erh. u. Beilg. x. befragt. W. Näheres betr. untrer Quittung in Nr. 2. — D. B. a. Sp.: M. 1. — per Gargung. gutgebr. Ingejagtes erwünscht. — Trau, Schu, 2. m.: Bfe. v. 17. u. 18. 2. erh. u. M. 56. 30 per Ggr. gutgebr. Beilg. natirt. „Wintermärchen“ in Neuanlage demnächst fertig. Borgechlagenes hat sich früher nicht bewährt. Näheres bh. — W. Hym. Kon.: Sh. 10. 10 f. div. S. D. erh. — Ber. Born. Buenos Aires: Beilg. v. 17/1 am 21/2 hier, folgt. Dicht. freuzte wahrsehm. mit Ihrem Bh. Die Ggr. Sachen belasten Ihrem Konto. — Gerl.: 2. Bv. f. Schft. erh. — G. H. Bl. B.: dwh. 2. — Ab. 1. Lu. u. Schft. erh. — Reschdel: Bei Derartigen genügt einfache Abstemplung nicht, auch sind u ä h e r e Daten betr. verschiedenen „Beine u. Gewerkschaften“ erforderlich. — G. H. Cincinnati: Wf. v. 10. am 19/2 erh. u. Beil. befragt. — Jütlander: Beilg. v. 20/2 wird befragt. — Myr. London: 3. Bv. f. Schft. erh. — W. Tett. Milano: Sh. 4. — Ab. 1/2-1/8 90 per B. hier erh. — W. Langner Chicago: Gebilf. f. d. B. freuzte mit untrer Nachricht betr. der re- Namirten Schfta. Grg. abgegg. — Der Gegalte: M. 7. 50 per Ggrang. gutgebr. Edd. folgen mit Dicht. u. bh. das Weitere. — Urania: Leides vom 22/2 erh. Warum denn Druckfache nicht per fband? — Widel: Adr. R. B. gelücht u. Anstirtes erwartet. Kler- dings großartig, aber die Nachbarschaft war herzlich genügsam! — Carl Schwarz: B. H. v. 22/2 erh. Grüßen Sie den Sieger! — Maria: Nachr. v. 22/2 überbracht aus, denn am 30. März fährt ich! Der schlimmste Trost aber ist der, wenn Geber und Empfänger selber an ihm zweifeln müssen. — Clara: Nachr. v. 23/2 erhalten und Be- freyrogenes erwartet. — Weisheite: M. 8. 20 per Ggr. gutgebr. Wf. Weiteres. — Kublon: Eine Zweifel ist das ein fauler Bruder, als abgeliebt. Beilg. folgt. Beilage dwh. erh. — G. H.: Tant f. Nachr. v. 24/2. Adr. war sehr verbanen. Folgt nochmals forrest. Beirreffender hat sich wegen Abis. „Fr.“ noch nicht an uns gewendet. — Apostel Paulus: Einschl. Porto ab Deutschland M. 5. — zusammen. Grg! — D. R. Brül: Das dort zu ordnen, ist ganz und gar Ihre Sache. Weit. bel. u. bh. — Fr. Sauntermitr. hier: Shl. 5. 8. Ab. p. 1/4-30/6 u. div. Schft. — Pastor Müller: M. 24. 40 u. Gto. Ab. x. erh. u. Beilg. not. — G. Dpl., Paris: Jrc. 5. — Ab. p. 1. u. 2. Da. erh. Nachig. abgeggang. —

Wahlfond-Quittung.

Zur Weiterbeförderung sind an unsere Adresse ferner ein- gegangen:

Quittiert in Nr. 8	M. 98. 50
New-Haven. Gesammelt von den Häarenarbeitern in F. Grave's Shop durch J. Vollenländer Doll. 19. 48	
per Vid. 4. —	80. —
Sacramento, Cal. von Dietrich Schäfer Doll. 5. — per Vid. 1. —	20. 55
Chicago. Von der Social. Arbeiterpartei gesammelt (2. Rate) Doll. 16. 35. Vid. 3. 72 per W. Langner	67. 50
Wimbledon. Bruno Nordhansen und ganz Deutschland! (3. Rate) Sh. 2. —	2. —
Wimbledon. Ein halbkreiser Arbeiter Sh. 1. 6	1. 50
Von englischen Arbeitern für die deutschen Brüder:	
Dr. Stockley Sh. 1. —	1. —
„Vantröst“ „06“	— 50
„Baylies“ „2.“	2. —
Alexandria. Circolo di Studi Sociali 20 Lire (Sh. 15. 10)	15. 80
Zusammen M. 1190. 35	

London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham-Street.

Samstag den 1. März 1890

Fünfzigjähriges Stiftungsfest.

Festrede gehalten von Bürger G. B. Lehner.

Eintritt frei. Anfang Abends 9 Uhr.

Genossen und Freunde sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co.
114 Kenning Town Road, London S. W.